

Streit um Obergrenze für Sozialmieten

Opposition verlässt den Ausschuss. Senat bessert Haushalt nach

■ Von Jens Anker

Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat gestern die umstrittene Kappungsgrenze für Sozialwohnungen beschlossen. In 14 Stadtgebieten sollen in den kommenden zwei Jahren die Mieten eingefroren werden. Geplant ist die Einrichtung einer Mietobergrenze in Höhe von 5,75 Euro je Quadratmeter. Betroffen sind 40 000 Sozialwohnungen mit etwa 80 000 Mietern. Die Opposition sieht darin ein verkapptes Förderprogramm für Wohnungsgesellschaften. Nachdem die Regierungsfractionen die Kappungsgrenze beschlossen hatte, zogen die Oppositionsfractionen aus dem Ausschuss aus. „Die Koalition stimmte ab, ohne uns über die Kosten der Förderung zu informieren. Das geht natürlich nicht“, kritisierte der Haushaltsexperte der Grünen, Oliver Schruoffeneger. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen begrüßte die Entscheidung: „Die jetzt beschlossenen Kappungsgrenzen können aber nur ein erster Schritt bei der Begrenzung des weiteren Förderabbaus sein. Die Sozialmieten werden auch damit nach wie vor zu hoch sein“, sagte Vorstandsmitglied Ludwig Burkhardt.

Unterdessen hat der Senat Nachbesserungen für den Haushalt 2008/2009 beschlossen. Die

Nachbesserung sei vor allem wegen der beschlossenen SED-Opferrente und des neu eingerichteten öffentlichen Beschäftigungssektors nötig geworden, sagte die Sprecherin des Finanzsenators, Kristina Tschenett. Für die SED-

fen sei darüber hinaus, wie sich die veränderte Investitionsplanung des geplanten Flughafens BBI auf den Haushalt niederschläge. Die Mehrkosten für den Umbau der Charité seien ebenfalls nicht unterlegt. „Der Senat hat sich um be-

ANZEIGE



Kennen Sie eines oder mehrere dieser Symptome? Niedergeschlagen, traurig, antriebslos, lustlos, hoffnungslos und schlaflos.

Dann leiden Sie womöglich an einer

„Depression“

Tel.: (030) 310 136 -66/-67

Wir überprüfen die Wirksamkeit eines modernen Medikaments. Die Behandlung ist kostenlos und zahlungsfrei. Lassen Sie sich unverbindlich beraten.

emovis GmbH
Dr. med. Bettina Bergthold
Dr. med. Iris Filler
Wilmsdorfer Str. 79 • 10629 Berlin

emovis Bereich klinische Forschung

www.studien-in-berlin.de

Opferrente sind in den kommenden beiden Jahren insgesamt 22 Millionen Euro vorgesehen, der Beschäftigungssektor ist 2009 mit 13 Millionen Euro veranschlagt.

Für die Opposition gibt es weit mehr offene Finanzierungsfragen. So sei unklar, wie hoch der Zuschuss für die BVG tatsächlich ausfalle, kritisierte der Haushaltsexperte der Grünen, Joachim Esser. Zwar seien 250 Millionen Euro Zuschuss vorgesehen, wie viel davon tatsächlich nötig ist, sei unklar. Of-

kannte Probleme gedrückt, wir fordern jetzt eine Finanzplanung, die in der Nähe der Realität liegt“, so Esser.

Die CDU warnt davor, dass der Senat vom eingeschlagenen Sparweg abkommt. „Es ist zu befürchten, dass der Senat sich noch weiter von seinen Ausgabe-Eckwerten entfernt, die er ursprünglich zur Konsolidierung des Landeshaushalts beschlossen hatte“, kritisiert der Haushaltsexperte der CDU, Uwe Götze.

Koalition will Mieten kappen

Hauptausschuss des Parlaments diskutiert umstrittenes Konzept

Die SPD-Linke-Koalition hat gestern Abend im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ihr umstrittenes Mietenkonzept 2008 beschlossen. Die Opposition verließ kurz vor der Abstimmung den Saal – man habe noch „Beratungsbedarf“, hieß es. Mit den Stimmen von Rot-Rot wurde das Konzept beschlossen. Es sieht vor, in einigen Stadtquartieren Mietobergrenzen für Sozialwohnungen einzuführen. Zugleich soll den Wohnungsgesellschaften ermöglicht werden, die Miete von Sozialwohnungen in anderen Kiezen bereits im April und nicht erst im Herbst zu erhöhen.

Betroffen von der Regelung sind rund 200 000 Sozialwohnungen. Durch den Abbau der Wohnungsbauförderung steigen dort kontinuierlich die Mieten, im Schnitt um 13 Cent pro Quadratmeter und Jahr. In einigen Quartieren liegen sie bereits über den Mieten von nicht gebundenen Wohnungen.

Um Sozialmieter nicht zu vertreiben, hat man sich für einen Mietenstopp in 14 Großsiedlungen und anderen „hoch verdichteten“ Wohnquartieren entschieden. Im Einzelnen sind das: in Tempelhof-Schöneberg in der Bülowstraße, am Kleistpark und am Pallasmuseum; in Neukölln in der Dammweg-Siedlung, der Sonnenallee und der Rollbergsiedlung; in Friedrichshain-Kreuzberg am Wassertorplatz, am Mariannenplatz, am Neuen Kreuzberger Zentrum, am Mehringplatz und am Werner-Düttmann-Platz. An solchen sozialen Brennpunkten soll die Miete 5,35 Euro pro Quadratmeter monatlich (kalt) nicht überschreiten. Außerhalb der sozialen Brennpunkte soll die Miete auf 5,75 Euro begrenzt werden. Knapp 40 000 Haushalte werden von den neuen Obergrenzen profitieren, weil sie sonst mehr Miete zahlen müssten. Ausgenommen sind ledig-

lich Sozialwohnungen in guter Wohnlage wie zum Beispiel in Steglitz oder Zehlendorf. Hier kann die Miete auch über 5,75 Euro monatlich klettern. Durch die Festlegung der Mietobergrenzen entgehen dem Senat bis 2011 insgesamt 8,4 Millionen Euro, wie aus dem Mietenkonzept 2008 hervorgeht. Quasi

nen Jahren im Herbst. Das entlastet zwar den Haushalt des Landes früher, die Mieter der betroffenen Sozialwohnungen müssen aber damit rechnen, dass die Eigentümer ebenfalls bereits zum Frühjahr die Mieten erhöhen. Daher wird das Mietenkonzept vom Mieterverein scharf kritisiert. Der Verband der

Anzeige



Trödelmarkt der BVG

Raritäten für Schnäppchenjäger

Besuchen Sie den Trödelmarkt des BVG Clubs. Vom Fahrscheinalter bis zum Zielschild bieten wir Ihnen vieles rund um die BVG. Vielleicht ist auch eine Rarität für Sie dabei.

**Wann: am Freitag, dem 2. November, von 14 - 20 Uhr,
mit einer Versteigerung eines Galoppwechslers um 17 Uhr.
Wo: Auf dem ehemaligen Betriebshof Usedomer Str. 24.**

Fahrverbindung:
U-Bahnhof Voltastr. (U8), Usedomer Str. (Bus 247).

www.BVG.de • Call Center (030) 19 44 9

Es lebe Berlin. BVG

zur Gegenfinanzierung will der Senat bereits zum April seinen jährlichen Abbauschritt der Förderung des sozialen Wohnungsbaus vollziehen. Das geschah in den vergange-

Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen sieht dagegen keine Alternative zu den Obergrenzen. Sonst würden Sozialwohnungen bald unbezahlbar. (tom., ulp.)